
Von: Leopold Pfeil <l.pfeil@tierklinik-steyr.at>
Gesendet: Dienstag, 8. Dezember 2020 19:11
An: Post, LH Stelzer
Cc: Post, LH-Stv. Haberlander; Post, LH-Stv. Haimbuchner; Post, LR Achleitner;
Post, LR Gerstorfer; Post, LR Hiegelsberger; Post, LR Kaineder; Post, LR
Klinger; Post, LR Steinkellner
Betreff: Novelle Hundehaltegesetz 2021 Kommentar
Anlagen: Kommentar HHG 2020.docx; Hundehaltegesetzentwurf 2020 OÖ
Kommentierung.pdf

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Erledigt

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren der OÖ Landesregierung.

Dieser Gesetzesentwurf ist leider völlig untauglich, ein friedliches mit einander von Hunde- und Nichthundehalter zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Leopold Pfeil
Tierarzt
Tierklinik Steyr
Gerichtl. beeideter und zertif. Sachverständiger

Dr. Leopold Pfeil

Tierklinik Steyr

Leopold Werndlstrasse 28

4400 Steyr

Betreff: Kommentar

Dr. Leopold Pfeil

Tierklinik Steyr

Leopold Werndl-Straße 28

4400 Steyr

Kommentar zum vorliegenden Entwurf eines neuen Hundehaltegesetzes für Oberösterreich

Dieser Entwurf ist in vielen Bereichen nicht nur sehr überzogen, er macht die Hundehaltung in Oberösterreich dermaßen kompliziert, daß man Jurist - oder besser noch Verwaltungsjurist - sein sollte, um im Dickicht der Verordnungen nicht den Überblick zu verlieren. Es gibt für das Halten und Führen eines Hundes nicht nur 9 verschiedene Landesgesetze, darüber hinaus sind auch die Bürgermeister und Gemeinderäte einer jeden Gemeinde ermächtigt, weitere Einschränkungen bezüglich der Hundehaltung in ihrer Gemeinde zu erlassen.

Auch noch so viele Vorschriften, Verordnungen und Gesetze können einen Hundebiß nicht verhindern. Sollte es tatsächlich zum Fall des Falles kommen, werden die Hundehalter von Anwälten und Behörden unverhältnismäßig wie Verbrecher verfolgt und bestraft.

Zweifellos ist es sinnvoll, einige wenige unvernünftige Hundehalter gesetzlich in die Schranken zu weisen, so wie auch das Verbot des Züchtens und Abrichtens von Hunden zum ausschließlichen oder überwiegenden Zweck der Steigerung ihrer Aggressivität sowie zum Inverkehrbringen solcher Hunde durchaus sinnvoll ist. Die überwiegende Mehrheit der Hundehalter ist jedoch an einer

friedlichen Koexistenz zwischen Hundehaltern und Nichthundehaltern interessiert und verhält sich entsprechend.

Das Hauptproblem im Gesetzesentwurf liegt aber im § 6 und betrifft das „Gassigehen“. Dieses wird noch weiter verkompliziert und teils unmöglich gemacht, wodurch die Zahl der sozial nicht gut geprägten Hunde, die mit anderen Hunden nichts anfangen können außer Rankkämpfe auszutragen, enorm zunehmen wird. Auch die Begegnung mit anderen Personen wird mit einem Hund, der ständig an der Leine geführt wird, meist nicht normal verlaufen.

Außerdem: Ein ständiger Leinenzwang ist eine Form der Tierquälerei!

Bis jetzt war Oberösterreich Vorreiter (2002) in Sachen vernünftiges, maßvolles Hundehaltegesetz. Aus Anlaß eines spektakulären Hundebisses im Vorjahr wird nun von übereifrigen Politikern als Arbeitsnachweis dieses verschärfte Gesetz eingebracht. Wären die bisherigen Gesetze eingehalten worden, wäre es zu den Vorfällen, die nun zu dieser drastischen Verschärfung führen, gar nicht erst gekommen. So aber trifft man vor allem die verantwortungsbewußten Hundehalter, die bei einer Gesetzesübertretung, etwa eine längere als die vorgeschriebene 1,5 Meter-Leine zu verwenden, mit drastischen Strafen von bis zu 7.000,- Euro rechnen müssen.

Negativer Gipfelpunkt des Gesetzesentwurfes ist jedoch, daß ein Hund mit erhöhtem Gefährdungspotential, dessen Besitzer den Anordnungen der Behörde nicht Folge leistet, diesem abgenommen und von Amts wegen getötet wird.

Dr. Leopold Pfeil

(Eine genaue Kommentierung im beiliegenden Gesetzesentwurf)



Textgegenüberstellung zum Begutachtungsentwurf der Oö. Hundehaltegesetz-Novelle 2021

Landesgesetz über das Halten von Hunden (Oö. Hundehaltegesetz 2002)

INHALTSVERZEICHNIS

1. ABSCHNITT

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

- § 1 Allgemeines
- § 1a Auffällige Hunde
- § 1b Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial
- § 2 Meldepflicht; Hunderegister; Verarbeitung personenbezogener Daten
- § 3 Allgemeine Anforderungen
- § 4 Sachkunde; Hundealltagstauglichkeit
- § 5 Verlässlichkeit
- § 6 Mitführen von Hunden an öffentlichen Orten
- § 7 Feststellung der Auffälligkeit eines Hundes
- § 8 Behördliche Anordnungen
- § 9 Untersagung der Hundehaltung

1. ABSCHNITT

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1

Allgemeines

(1) Dieses Landesgesetz bezweckt die Vermeidung von Gefährdungen und unzumutbaren Belästigungen von Menschen und Tieren durch Hunde sowie einen sicheren und verantwortungsbewussten Umgang mit Hunden.

(2) Im Sinn dieses Landesgesetzes bedeutet:

~~1. auffälliger Hund: ein Hund, bei dem auf Grund bestimmter Tatsachen von einem erhöhten Gefährdungspotential für Menschen und Tiere ausgegangen werden kann. Als auffällig gilt jedenfalls ein Hund, der~~

~~a) einen Menschen oder ein Tier durch Biss schwer verletzt hat, ohne selbst angegriffen worden zu sein, oder~~

~~b) wiederholt Menschen gefährdet hat, ohne selbst angegriffen worden zu sein, oder~~

2. Hundehalter(in): die Person, die im eigenen Namen darüber zu entscheiden hat, wie der Hund zu verwahren oder zu beaufsichtigen ist;

3. öffentlicher Ort: ein Ort, der für jedermann frei oder unter den gleichen Bedingungen zugänglich ist;

4. Ortsgebiet: die Straßenzüge innerhalb der Hinweiszeichen „Ortstafel“ und „Ortsende“ gemäß § 53 Z 17a und 17b StVO und geschlossen bebaute Gebiete mit mindestens fünf Wohnhäusern; zum Ortsgebiet gehören auch Park- und Sportanlagen und vergleichbare andere weitgehend unbebaute Grundstücke;

5. größere Menschenansammlungen: Personengruppe ab 50 Personen.

(3) Soweit durch Bestimmungen dieses Landesgesetzes die Zuständigkeit des Bundes berührt wird, sind sie so auszulegen, dass sich keine über die Zuständigkeit des Landes hinausgehende rechtliche Wirkung ergibt.

(4) Andere landesrechtliche Bestimmungen werden durch dieses Landesgesetz nicht berührt.

§ 1a

Auffällige Hunde

Auffällig ist ein Hund, bei dem auf Grund bestimmter Tatsachen von einer Gefährlichkeit auszugehen ist. Als auffällig gilt jedenfalls ein Hund, der

1. einen Menschen oder ein Tier durch Biss schwer verletzt hat, ohne selbst angegriffen worden zu sein, oder
2. wiederholt Menschen gefährdet hat, ohne selbst angegriffen worden zu sein.

§ 1b

Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial

(1) Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial sind Hunde, bei denen auf Grund ihrer wesensmäßig typischen Verhaltensweise, Zucht oder Ausbildung eine gesteigerte Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen und Tieren vermutet wird.

(2) Die Landesregierung hat durch Verordnung festzulegen, welche Hunde und Kreuzungen dieser Hunde untereinander bzw. mit anderen Hunden als Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial anzusehen sind.

(3) Bestehen bei Kreuzungen Zweifel, ob es sich um einen Hund mit erhöhtem Gefährdungspotenzial handelt, hat der Hundehalter oder die Hundehalterin ein Sachverständigen Gutachten vorzulegen, aus dem unter Zugrundelegung von Zuordnungskriterien wie Erscheinungsbild, Wesen, Bewegungsablauf, hervor zu gehen hat, dass der Hund kein erhöhtes Gefährdungspotenzial aufweist.

§ 2

Meldepflicht; Hunderegister; Verarbeitung personenbezogener Daten

(1) Eine Person, die einen über zwölf Wochen alten Hund hält, hat dies dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin (dem Magistrat) der Gemeinde, in der sie ihren Hauptwohnsitz hat, binnen drei Tagen zu melden. Die Meldung hat zu enthalten:

1. Name und Hauptwohnsitz des Hundehalters oder der Hundehalterin;
2. Rasse, Farbe, Geschlecht und Alter des Hundes;
3. Name und Hauptwohnsitz jener Person, die den Hund zuletzt gehalten hat.

(2) Der Meldung gemäß Abs. 1 sind anzuschließen:

1. Der für das Halten des Hundes erforderliche Sachkundenachweis (§ 4 Abs. 1 oder 2);
und

1a. der für das Halten eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial erforderliche Nachweis, dass die Hundealltagstauglichkeitsprüfung (§ 4 Abs. 2a) erfolgreich absolviert wurde;

2. der Nachweis, dass für den Hund eine Haftpflichtversicherung gemäß § 3 Abs. 1b besteht;

3. eine höchstens einen Monat alte Strafregisterbescheinigung für den Halter oder die Halterin eines auffälligen Hundes; von Personen, die nicht oder noch nicht fünf Jahre in Österreich wohnhaft sind, ist zudem eine Strafregisterbescheinigung ihres Herkunftsstaats beizubringen.

3a. für den Halter oder die Halterin eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial gilt die Z 4 sinngemäß.

(3) Der Halter oder die Halterin eines auffälligen Hundes, der zum Zeitpunkt der Meldung über keinen Sachkundenachweis gemäß § 4 Abs. 2 verfügt, hat der Meldung den Sachkundenachweis gemäß § 4 Abs. 1 anzuschließen und den Sachkundenachweis gemäß § 4 Abs. 2 binnen eines Jahres ab Meldung des Hundes dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin (dem Magistrat) vorzulegen.

(3a) Der Halter oder die Halterin eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial, der oder die zum Zeitpunkt der Meldung über keinen Nachweis der Hundealltagstauglichkeit gemäß § 4 Abs. 2a verfügt, hat der Meldung den Sachkundenachweis gemäß § 4 Abs. 1 (allgemeine Sachkunde) anzuschließen und den Nachweis gemäß § 4 Abs. 2a binnen sechs Monaten ab Meldung des Hundes dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin (dem Magistrat) vorzulegen. In jenen Fällen, in denen die Hundealltagstauglichkeitsprüfung nicht erfolgreich absolviert wurde, ist der Sachkundenachweis gemäß § 4 Abs. 2 (erweiterte Sachkunde) binnen eines Jahres ab Meldung des Hundes dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin (dem Magistrat) vorzulegen.

(4) Der Hundehalter oder die Hundehalterin hat die Beendigung des Haltens eines Hundes unter Angabe des Endigungsgrundes und unter Bekanntgabe eines allfälligen neuen Hundehalters oder einer neuen Hundehalterin innerhalb von einer Woche dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin (dem Magistrat) zu melden. Sofern es sich um einen auffälligen Hund handelt, hat der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin (der Magistrat) die Gemeinde des Hauptwohnsitzes eines neuen Hundehalters oder einer neuen Hundehalterin darüber zu informieren. Diese Informationspflicht gilt auch, wenn der Hundehalter oder die Hundehalterin eines auffälligen Hundes seinen oder ihren Hauptwohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt.

(4a) Die im Abs. 4 betreffend auffällige Hunde normierten Informationspflichten gelten sinngemäß für Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial.

(5) Die Gemeinden haben Meldungen gemäß Abs. 1 und 4 der Bezirksverwaltungsbehörde zu übermitteln. ~~Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die in den Meldungen enthaltenen Daten in einem Register zu sammeln (Hunderegister).~~

(6) Die Gemeinden und die Bezirksverwaltungsbehörden sind als datenschutzrechtlich gemeinsam Verantwortliche ermächtigt, die in den Meldungen enthaltenen personenbezogenen Daten gemäß § 2 Abs. 1 und 2 zu verarbeiten (Hunderegister).

(7) Die Erfüllung von datenschutzrechtlichen Informations-, Auskunfts-, Berichtigungs-, Lösungs- und sonstigen Pflichten obliegt jedem Verantwortlichen hinsichtlich jener personenbezogener Daten, die im Zusammenhang mit den von ihm wahrgenommenen Aufgaben verarbeitet werden.

(8) Die Landesregierung übt die Funktion der datenschutzrechtlichen Auftragsverarbeiterin aus. Sie hat in dieser Funktion die Datenschutzpflichten gemäß Art. 28 Abs. 3 lit. a bis h der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) wahrzunehmen.

(9) Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sind zur Wahrung der Grundrechte und Interessen der betroffenen Personen die nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen vorgeschriebenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Zweck der Sicherheit der Verarbeitung zu treffen.

(10) Die verarbeiteten personenbezogenen Daten dürfen nur so lange aufbewahrt werden, als es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist.

§ 3

Allgemeine Anforderungen

(1) Hunde dürfen nur von Personen gehalten werden, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, über die nötige Sachkunde für das Halten von Hunden (§ 4 Abs. 1 oder 2) verfügen und psychisch, physisch und geistig in der Lage sind, den Verpflichtungen gemäß Abs. 2 nachzukommen. Auffällige Hunde dürfen überdies nur von Personen gehalten werden, deren Verlässlichkeit (§ 5) gegeben ist.

(1a) Abs. 1 erster Satz gilt nicht für das Halten von Hunden im Sinn von § 6 Abs. 5 Z 2. Für das Halten von auffälligen Hunden in behördlich bewilligten Tierheimen ist die erweiterte Sachkunde (§ 4 Abs. 2) nicht erforderlich.

(1b) Für jeden Hund muss eine Haftpflichtversicherung über eine Mindestdeckungssumme von 725.000 Euro bestehen. Diese Haftpflichtversicherung kann auch im Rahmen einer Haushalts- oder Jagdhaftpflichtversicherung oder einer anderen gleichartigen Versicherung gegeben sein. Die Versicherungen haben für den Fall, dass die erforderliche Haftpflichtversicherung über eine Mindestdeckungssumme von 725.000 Euro für den Hund nicht mehr besteht, diesen Umstand der örtlich zuständigen Gemeinde unter Angabe des Namens und des Wohnsitzes des Hundehalters oder der Hundehalterin zu melden.

(2) Ein Hund ist in einer Weise zu beaufsichtigen, zu verwahren oder zu führen, dass

1. Menschen und Tiere durch den Hund nicht gefährdet werden, oder
2. Menschen und Tiere nicht über ein zumutbares Maß hinaus belästigt werden, oder
3. er an öffentlichen Orten oder auf fremden Grundstücken nicht unbeaufsichtigt herumlaufen kann.

(2a) Personen, denen die Hundehaltung eines Hundes untersagt wurde, dürfen diesen nicht mehr beaufsichtigen, verwahren oder führen.

(3) Der Hundehalter oder die Hundehalterin darf den Hund nur durch Personen beaufsichtigen oder führen lassen, die psychisch, physisch und geistig in der Lage sind, den Verpflichtungen gemäß Abs. 2 nachzukommen.

(3a) Der Hundehalter oder die Hundehalterin darf einen auffälligen Hund nur durch Personen führen lassen, die über einen Sachkundenachweis gemäß § 4 Abs. 2 verfügen.

(3b) Der Hundehalter oder die Hundehalterin darf einen Hund mit erhöhtem Gefährdungspotenzial nur durch Personen führen lassen, die über einen Hundealltagstauglichkeitsprüfungsnachweis gemäß § 4 Abs. 2a oder einen Sachkundenachweis gemäß § 4 Abs. 2 verfügen.

(3c) Die Bestimmungen betreffend auffällige Hunde in den Abs. 1 und 1a gelten sinngemäß für Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial.

(4) Das Züchten und Abrichten von Hunden zum ausschließlichen oder überwiegenden Zweck der Steigerung ihrer Aggressivität sowie das Inverkehrbringen solcher Hunde ist verboten.


§ 4

Sachkunde: Hundealltagstauglichkeit

(1) Abgesehen von den Fällen des Abs. 2 ist die Sachkunde für das Halten eines Hundes als gegeben anzunehmen, wenn der Hundehalter oder die Hundehalterin mindestens eine theoretische Ausbildung absolviert hat, bei der auf Grund der Erfahrungen der Wissenschaft davon ausgegangen werden kann, dass sie ausreicht, um einen Hund tierschutzgerecht halten und das allgemeine Gefährdungspotential eines Hundes für Menschen und Tiere abschätzen zu können (allgemeine Sachkunde).

(2) Die Sachkunde für das Halten von auffälligen Hunden ist als gegeben anzunehmen, wenn der Hundehalter oder die Hundehalterin mit dem Hund eine Ausbildung erfolgreich absolviert hat, bei der auf Grund der Erfahrungen der Wissenschaft davon ausgegangen werden kann, dass sie ausreicht, um diesen Hund tierschutzgerecht und weitgehend gefahrlos halten zu können (erweiterte Sachkunde).

(2a) Die Alltagstauglichkeit für das Halten von Hunden mit erhöhtem Gefährdungspotenzial ist als gegeben anzunehmen, wenn der Hundehalter oder die Hundehalterin mit dem Hund eine Ausbildung erfolgreich absolviert hat, bei der auf Grund der Erfahrungen der Wissenschaft davon ausgegangen werden kann, dass sie ausreicht, um diesen Hund möglichst ruhig durch alle Alltagssituationen führen zu können (Hundealltagstauglichkeitsprüfung).

(3) Die Landesregierung hat unter Berücksichtigung der Ausbildungsinhalte durch Verordnung bestimmte Ausbildungen festzulegen, bei deren Absolvierung die nötige Sachkunde gemäß Abs. 1 oder 2 bzw. die nötige Hundealltagstauglichkeit gemäß Abs. 2a angenommen werden kann. Die Landesregierung hat  Recht, bei Ausbildungen nach Abs. 1 anwesend zu sein und deren Inhalte auf Übereinstimmung mit der zuvor genannten Verordnung zu kontrollieren.

(4) Jene Einrichtungen, welche die Kurse nach § 2 Abs. 1 Oö. Hundehalter-Sachkundeverordnung organisieren und durchführen, sind ermächtigt, die zur Wahrnehmung dieser Aufgaben erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten.

§ 5

Verlässlichkeit

Die Verlässlichkeit eines Hundehalters oder einer Hundehalterin ist insbesondere nicht gegeben bei einer:

1. rechtskräftigen Verurteilung wegen einer mit Vorsatz begangenen strafbaren Handlung zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe oder sonst wegen einer mit Vorsatz begangenen gerichtlich strafbaren Handlung gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit, gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung, gegen den öffentlichen Frieden, gegen die Staatsgewalt oder wegen Hochverrats und anderer Angriffe gegen den Staat oder wegen einer gemeingefährlichen strafbaren Handlung oder wegen Tierquälerei, sofern diese Verurteilung noch nicht nach dem Tilgungsgesetz 1972 getilgt ist;

2. rechtskräftigen Verurteilung nach dem Verbotsgesetz 1947, nach dem Waffengesetz 1996 oder nach dem Suchtmittelgesetz, sofern die Verurteilung noch nicht nach dem Tilgungsgesetz 1972 getilgt ist;

3. rechtskräftigen Bestrafung nach Art. III Abs. 1 Z 4 EGVG, nach dem Tierschutzgesetz, nach dem Waffengesetz 1996 oder nach dem Suchtmittelgesetz, sofern diese Strafe noch nicht nach § 55 VStG getilgt ist;

4. rechtskräftigen Bestrafung wegen eines oder mehrerer schwerwiegender Verstöße gegen Bestimmungen dieses Landesgesetzes oder vergleichbarer Gesetze anderer Bundesländer oder Staaten, sofern diese Strafe noch nicht nach § 55 VStG getilgt ist.

§ 5

Verlässlichkeit

~~(1) Die Verlässlichkeit eines Hundehalters oder einer Hundehalterin ist gegeben, solange nicht bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass er oder sie – unabhängig davon, ob er oder sie die nötige Sachkunde besitzt – nicht in der Lage ist, einen Hund so zu halten, dass Gefährdungen und unzumutbare Belästigungen von Menschen und Tieren abgewendet werden. Als bestimmte Tatsachen gelten insbesondere:~~

- ~~1. eine gerichtliche Verurteilung wegen einer unter Anwendung oder Androhung von Gewalt begangenen oder mit Gemeingefahr verbundenen vorsätzlichen strafbaren Handlung oder~~
- ~~2. eine gerichtliche Verurteilung wegen eines Angriffes gegen die Staatsgewalt, den Staat oder den öffentlichen Frieden oder~~
- ~~3. eine gerichtliche Verurteilung wegen Drogenhandel, Zuhälterei, Menschenhandel, Schlepperei, Tierquälerei oder~~
- ~~4. eine gerichtliche Verurteilung wegen gewerbsmäßigen, bandenmäßigen oder bewaffneten Schmuggels oder~~
- ~~5. eine wiederholte Bestrafung wegen Übertretungen des § 3 oder des § 6 Abs. 1 bis 3 oder des Oö. Tierschutzgesetzes 1995 oder~~
- ~~6. eine wiederholte Bestrafung wegen Übertretungen von Verordnungen gemäß § 6 Abs. 4.~~

~~(2) Eine gemäß Abs. 1 maßgebliche Verurteilung oder Bestrafung liegt nicht vor, wenn sie bereits getilgt ist. Trotz einer nicht getilgten Verurteilung im Sinn des Abs. 1 kann ein Mensch verlässlich sein, wenn das Gericht vom Ausspruch der Strafe abgesehen hat oder wenn das Gericht sich den Ausspruch der Strafe vorbehalten hat oder die Strafe – außer bei Freiheitsstrafen von mehr als sechs Monaten – ganz oder teilweise bedingt nachgesehen hat, sofern kein nachträglicher Strafausspruch oder kein Widerruf der bedingten Strafnachsicht erfolgte.~~

~~(3) Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin (Der Magistrat) darf nur im Einzelfall zur Feststellung der Verlässlichkeit eines bestimmten Hundehalters oder einer bestimmten Hundehalterin eine Auskunft aus dem Strafregister gemäß § 9 Strafregistergesetz, BGBl. Nr. 277/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 762/1996, einholen.~~

§ 6

Mitführen von Hunden an öffentlichen Orten

(1) Hunde müssen an öffentlichen Orten im Ortsgebiet an der Leine oder mit Maulkorb geführt werden.

(1a) Auffällige Hunde müssen an öffentlichen Orten, ausgenommen in eingezäunten Freilauflächen, an der Leine und mit Maulkorb geführt werden; in nicht eingezäunten Freilauflächen gilt Maulkorbpflicht.

(1b) Abs. 1a gilt sinngemäß für Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial.

(2) Bei Bedarf, jedenfalls aber in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Schulen, Kindergärten, Horten und sonstigen Kinderbetreuungseinrichtungen, auf gekennzeichneten Kinderspielflächen sowie bei größeren Menschenansammlungen, wie z. B. in Einkaufszentren, Freizeit- und Vergnügungsparks, Gaststätten, Badeanlagen während der Badesaison und bei Veranstaltungen, müssen Hunde an der Leine und mit Maulkorb geführt werden.

(3) Wer einen Hund führt, muss die Exkremente des Hundes, welche dieser an öffentlichen Orten im Ortsgebiet hinterlassen hat, unverzüglich beseitigen und entsorgen.

(4) Der Gemeinderat kann durch Verordnung anordnen,

1. auf welchen öffentlichen unbebauten Flächen innerhalb des Ortsgebiets die Leinen- oder Maulkorbpflicht (Abs. 1) nicht gilt,
2. dass Hunde an bestimmten öffentlichen Orten innerhalb des Ortsgebiets an der Leine und mit Maulkorb geführt werden müssen oder nicht mitgeführt werden dürfen,
3. dass Hunde an bestimmten öffentlichen Orten außerhalb des Ortsgebiets
 - a) an der Leine ~~oder~~ und mit Maulkorb oder
 - b) an der Leine oder
 - c) mit Maulkorb

geführt werden müssen.

(5) Abs. 1 bis 4 sind nicht anzuwenden auf das Mitführen von

1. Hunden, die für Zwecke der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Jagd und des Hilfs- und Rettungswesens ausgebildet wurden, im Einsatz und bei Übungen, sofern durch die Einhaltung der Anordnungen gemäß Abs. 1 bis 4 die Verwirklichung des Einsatz- oder Übungszweckes ausgeschlossen oder wesentlich erschwert würde,
2. speziell ausgebildeten oder sich in Ausbildung befindlichen Hunden, auf deren Hilfe Personen zur Kompensierung ihrer Behinderung, zu therapeutischen Zwecken nachweislich angewiesen sind, oder die im Rahmen der Altenbetreuung oder beim Schulunterricht eingesetzt werden und
3. Hunden im Rahmen von Hundevorführungen, Hundeschauen und dgl.

(6) Die Leine muss der Körpergröße und dem Körpergewicht des Hundes entsprechend fest sein; sie darf höchstens 1,5 Meter lang sein. Der Maulkorb muss so beschaffen sein, dass der Hund seinen Fang darin öffnen und frei atmen, jedoch weder beißen noch den Maulkorb vom Kopf abstreifen kann. Die Maulkorbpflicht gilt nicht für das Führen von Hunden, die am Arm oder in einem Behältnis getragen werden, sowie für Hunde, für die auf Grund einer Erkrankung der Atemwege durch chronische und irreversible Atembeschwerden bei Vorliegen eines veterinärmedizinischen Attests das Tragen eines Maulkorbs nicht zumutbar ist. Dieses

Attest ist stets mitzuführen und den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes auf Verlangen vorzuweisen.

§ 9

Untersagung der Hundehaltung

(1) Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin (Der Magistrat) hat dem Hundehalter oder der Hundehalterin das Halten eines Hundes mit Bescheid zu untersagen, wenn

1. der Hundehalter oder die Hundehalterin trotz rechtskräftiger Bestrafung gemäß § 15 Abs. 1 Z 1a den Nachweis nicht erbringt, dass für den Hund eine Haftpflichtversicherung gemäß § 3 Abs. 1b besteht, oder
2. sich herausstellt, dass kein Versicherungsschutz gemäß § 3 Abs. 1b besteht, oder
3. der Halter oder die Halterin eines auffälligen Hundes die Verlässlichkeit gemäß § 5 nicht besitzt, oder

3a. der Halter oder die Halterin eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial die Verlässlichkeit gemäß § 5 nicht besitzt, oder

4. der Halter oder die Halterin eines auffälligen Hundes den Nachweis gemäß § 2 Abs. 3 oder § 7 Abs. 2 nicht fristgerecht erbringt, oder

4a. der Halter oder die Halterin eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial den Nachweis gemäß § 2 Abs. 3a nicht fristgerecht erbringt, oder

5. Anordnungen gemäß § 8 nicht ausreichen, um die unzumutbare Belästigung oder Gefährdung zu beseitigen, oder
6. der Halter oder die Halterin – unabhängig davon, ob er oder sie die nötige Sachkunde besitzt – nicht in der Lage ist, einen Hund so zu halten, dass Gefährdungen oder unzumutbare Belästigungen von Menschen und Tieren abgewendet werden.

(2) Der Hundehalter oder die Hundehalterin, dem oder der die Haltung eines Hundes untersagt wurde, hat binnen zwei Wochen nach Rechtskraft des Untersagungsbescheides dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin (dem Magistrat) gegenüber nachzuweisen, dass er oder sie nicht mehr Halter oder Halterin des Hundes ist.

(3) Bei Gefahr im Verzug oder bei ungelaptem Ablauf der Frist gemäß Abs. 2 hat der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin (der Magistrat) den Untersagungsbescheid der Bezirksverwaltungsbehörde zu übermitteln. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat erforderlichenfalls unter Mitwirkung von Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes (§ 14) den Hund dem Hundehalter oder der Hundehalterin abzunehmen und bei tierfreundlichen Personen, Vereinigungen oder in behördlich bewilligten Tierheimen auf Kosten und Gefahr des Hundehalters oder der Hundehalterin unterzubringen. Zu diesem Zweck sind diese Organe auch unter Anwendung behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt berechtigt, Liegenschaften, Räume und Transportmittel im notwendigen Umfang zu betreten und Behältnisse zu öffnen, wenn dies zur Abnahme des Hundes erforderlich ist. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat dem Hundehalter oder der Hundehalterin das Eigentum an dem Hund mit Bescheid zu entziehen. Ist der Hundehalter oder die Hundehalterin nicht zugleich der Eigentümer oder die Eigentümerin des Hundes, ist zuvor der Eigentümer oder die Eigentümerin von der Abnahme und anderweitigen Unterbringung des Hundes in Kenntnis zu setzen und durch Bescheid unter Hinweis auf die Folgen des Abs. 4 zu verpflichten, innerhalb einer angemessenen, festzusetzenden Frist für eine ordnungsgemäße Hundehaltung zu

sorgen. Bis zur Erfüllung dieser Verpflichtung erfolgt die Unterbringung des abgenommenen Hundes auf Kosten und Gefahr des Eigentümers oder der Eigentümerin.

(4) Kommt der Eigentümer oder die Eigentümerin des abgenommenen Hundes der Verpflichtung gemäß Abs. 3 nicht nach, ist ihm bzw. ihr das Eigentum an dem Hund mit Bescheid der Bezirksverwaltungsbehörde zu entziehen. Der Hund ist auf Kosten und Gefahr des Eigentümers oder der Eigentümerin zu veräußern oder sonst zu unterzubringen. Ist dies nicht möglich, ist der Hund schmerzlos zu töten. Der Erlös aus der Veräußerung ist nach Abzug der für die Abnahme, Unterbringung und Versorgung des Hundes aufgewendeten Kosten dem Eigentümer oder der Eigentümerin zuzuweisen.

3. ABSCHNITT

VOLLZUG

§ 14

Mitwirkung

(1) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben an der Vollziehung dieses Landesgesetzes mitzuwirken durch

1. Vorbeugungsmaßnahmen gegen drohende Verwaltungsübertretungen und
2. Maßnahmen, die für die Einleitung von Verwaltungsstrafverfahren erforderlich sind.

(2) Die Mitwirkung gemäß Abs. 1 durch Organe der Bundespolizei ist eingeschränkt auf die Mitwirkung an der Vollziehung des § 6 Abs. 1, 1a, 1b und 2 sowie des § 15 Abs. 1 Z 8 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 sowie des § 15 Abs. 1 Z 10 in Verbindung mit § 3 Abs. 2a.

(3) Die Organe der Bundespolizei und sonstige Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben den nach diesem Landesgesetz zuständigen Behörden und Organen über deren Ersuchen zur Sicherung der Vollziehung dieses Landesgesetzes im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereichs Hilfe zu leisten.

§ 15

Strafbestimmungen

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer

1. der Meldepflicht gemäß § 2 Abs. 1 oder 4 erster Satz nicht zeitgerecht oder überhaupt nicht nachkommt;
- 1a. einen Nachweis gemäß § 2 Abs. 2 nicht erbringt;
2. einen Hund entgegen der Bestimmungen des § 3 Abs. 1 und 2 hält,
3. seinen Verpflichtungen als Hundehalter oder Hundehalterin gemäß § 3 Abs. 3 nicht nachkommt,
- 3a. seinen Verpflichtungen als Hundehalter oder Hundehalterin gemäß § 3 Abs. 3a nicht nachkommt,
- 3b. seinen Verpflichtungen als Hundehalter oder Hundehalterin gemäß § 3 Abs. 3b nicht nachkommt,
- 3c. einen Hund entgegen den Bestimmungen des § 3 Abs. 3c iVm. § 3 Abs. 1 hält,
4. entgegen dem Verbot des § 3 Abs. 4 Hunde züchtet, ausbildet oder in Verkehr bringt,
5. gegen die Leinenpflicht oder Maulkorbpflicht gemäß § 6 Abs. 1, 1a oder 2 verstößt,
- 5a. gegen die Leinen- oder Maulkorbpflicht gemäß § 6 Abs. 1b iVm. § 6 Abs. 1a verstößt,
6. seiner Verpflichtung gemäß § 6 Abs. 3 nicht nachkommt,
7. gegen behördliche Anordnungen gemäß § 6 Abs. 4 oder § 8 verstößt,

7a. eine Leine oder einen Maulkorb verwendet, der nicht den Bestimmungen des § 6 Abs. 6 entspricht;

8. einen Hund trotz Untersagung gemäß § 9 hält;

9. seinen Verpflichtungen gemäß § 2a Abs. 1, 2 oder 5 nicht nachkommt;

10. gegen das Verbot des § 3 Abs. 2a verstößt;

11. seinen Verpflichtungen als Hundehalter oder Hundehalterin gemäß § 3 Abs. 1b nicht nachkommt.

(2) Verwaltungsübertretungen sind von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 7.000 Euro zu bestrafen.

(3) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin (den Magistrat) der Gemeinde, in welcher der Hundehalter oder die Hundehalterin seinen oder ihren Hauptwohnsitz hat, über die rechtskräftige Bestrafung wegen einer Verwaltungsübertretung gemäß Abs. 1 zu benachrichtigen.